

**POSITIONSPAPIER DER INTERNATIONALEN  
KAMPAGNE FÜR ARMUT UND KLIMAGERECHTIGKEIT**



**Klima fair bessern!**

# Für ein faires Klimaabkommen in Kopenhagen

„Klima fair bessern!“ – Positionspapier (März 2009)

Internationale Kampagne Armut und Klimagerechtigkeit

Der weltweite Klimawandel betrifft alle Menschen, jedoch nicht in gleichem Maße. Er ist nicht nur ein Umweltproblem, sondern vor allem auch eine Frage von globaler Gerechtigkeit.

„Der Klimawandel ist nicht nur, wie zu viele Menschen noch glauben, ein Umweltthema. Er ist eine allumfassende Bedrohung. Er ist eine Bedrohung für die Gesundheit (...). Er könnte die Welternährung gefährden (...). Er könnte die Grundlagen gefährden, von denen fast die Hälfte der Weltbevölkerung lebt.“<sup>1</sup>

Wir, die katholischen Entwicklungsorganisationen Österreichs, arbeiten seit vielen Jahren mit Menschen auf allen Kontinenten zusammen, um Armut und Ungerechtigkeit zu bekämpfen und allen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Wir sind tief besorgt, dass die negativen Auswirkungen des Klimawandels vielerorts auf dieser Erde die Fortschritte der Armutsreduktion zunichte machen und die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele gefährden. In Armut lebende Menschen in den so genannten Entwicklungsländern haben die weltweiten Klimaveränderungen am wenigsten verursacht, dennoch treffen sie die Konsequenzen besonders hart.

Sie müssen sich schon jetzt an das veränderte Klima anpassen, die globale Erwärmung wird jedoch bald einen Punkt erreichen, an dem sich ihre Anpassungsfähigkeit erschöpft. Wir haben uns daher entschlossen, gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen in ganz Europa für mehr Klimagerechtigkeit aktiv zu werden.

Österreich hat sich zusammen mit den anderen Vertragsstaaten im Rahmen der Klimarahmenkonvention verpflichtet, auf Grundlage der Gerechtigkeit und entsprechend ihren gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und ihren jeweiligen Fähigkeiten, das Klimasystem zum Wohl heutiger und künftiger Generationen zu schützen.<sup>2</sup> Entsprechend dieser Verpflichtung appellieren wir an die österreichische Bundesregierung, zu einem weltweiten Klimaabkommen beizutragen, das für die Zeit nach dem 2012 auslaufenden Kyoto-Protokoll die folgenden Grundsätze sicherstellt:

---

<sup>1</sup> Rede des damaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan am 15.11.2006 vor dem Klimagipfel in Nairobi

<sup>2</sup> UNFCCC: Artikel 3.1, New York, 1992, S. 5

<http://unfccc.int/resource/docs/convkp/convger.pdf> (Zugriff: 17.2.2009)

Weiter: ‚(...)die speziellen Bedürfnisse und besonderen Gegebenheiten der Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, vor allem derjenigen, die besonders anfällig für die nachteiligen Auswirkungen der Klimaänderungen sind, sowie derjenigen(...) unter den Entwicklungsländern, die nach dem Übereinkommen eine unverhältnismäßige( ...) Last zu tragen hätten, sollen voll berücksichtigt werden‘.

## 1. Reduktion

Damit die Auswirkungen des weltweiten Klimawandels kontrollierbar bleiben, muss der weltweite durchschnittliche Temperaturanstieg unter der kritischen Marke von 2°C gehalten werden. Die Erreichung dieses wichtigen Ziels ist nur dann möglich, wenn die nördlichen Industriestaaten als Hauptverursacher ihren Treibhausgasausstoß bis 2020 real um 40% verringern.

**Wir appellieren daher an die österreichische Bundesregierung, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, dass der Ausstoß von Treibhausgasen in Österreich bis 2020 um 40% im Vergleich zu 1990 reduziert wird.**

*(mehr dazu auf Seite 3)*

## 2. Anpassung

Damit sich die Menschen in Entwicklungsländern an die negativen Auswirkungen des Klimawandels anpassen können, bedarf es der Bereitstellung von ausreichender, zusätzlicher, vorhersehbarer, gesicherter und leicht zugänglicher Finanzierung.

**Wir appellieren daher an die österreichische Bundesregierung, dass Österreich zusammen mit den anderen Industrieländern entsprechend dem Verursacherprinzip seinen Anteil an Kompensationszahlungen für in den Entwicklungsländern angerichtete Schäden übernimmt. Österreich sollte sich außerdem an der Entwicklung und Prüfung innovativer Finanzierungsmechanismen aktiv beteiligen.**

*(mehr dazu auf Seite 8)*

## 3. Recht auf Entwicklung

Das Vorhandensein von Energie ist eine Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung in Entwicklungsländern. Ein globales Klimaabkommen und die damit verbundenen Bemühungen zur weltweiten Reduktion der Treibhausgase dürfen nicht die Möglichkeiten der Entwicklung für Menschen in Armut einschränken. Den Rechten von besonders verletzlichen und in Armut lebenden Menschen ist hierbei höchste Priorität zu geben.

**Wir appellieren an die österreichische Bundesregierung sich dafür einzusetzen, dass im zu verhandelnden Klimaabkommen das Recht von Menschen in Entwicklungsländern auf ihre selbstbestimmte und nachhaltige Entwicklung anerkannt, geschützt und unterstützt wird. Den Rechten von besonders verletzlichen und in Armut lebenden Menschen ist hierbei höchste Priorität zu geben.**

*(mehr dazu auf Seite 12)*

# 1. Reduktion

## Warum sind 2°C weltweite Temperaturerhöhung eine kritische Marke?

Seit dem Beginn der industriellen Revolution ist die globale Durchschnittstemperatur bereits um 0,74°C angestiegen.<sup>3</sup> Die ForscherInnen des Weltklimarates (IPCC) machen klar, dass ein weltweiter Temperaturanstieg von über 2°C durch gefährliche Rückkopplungseffekte (Freiwerden von Kohlendioxid durch die Erwärmung der Ozeane; Freiwerden von Methan durch Auftauen von Permafrostböden; Verstärkte Aufnahme von Wärmestrahlung von zuvor mit Eis bedeckten Flächen etc.) sogenannte Kipp-Punkte überschreiten könnte und es zu sehr raschen weiteren Erwärmungen mit katastrophalen Auswirkungen kommen könnte.

„Kipp-Punkte bergen die Gefahr drastischer, teilweise abrupter Klimaänderungen. Als Folge könnten Maßnahmen zur Anpassung nicht rechtzeitig ergriffen werden, oder mit sehr hohem Aufwand und extrem hohen Kosten verbunden sein. Deshalb müssen zwingend die anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen gemindert werden. Der Mensch macht mit dem anhaltenden Ausstoß von Treibhausgasen ein globales Experiment mit der Lufthülle seines Planeten, von dem er nicht genau weiß, wie es ausgehen wird. Bereits in diesem Jahrhundert können Kipp-Punkte im Klimasystem eintreten. Das ist Anlass zu schnellem und gezieltem Handeln.“<sup>4</sup>

Nur unterhalb dieser kritischen 2°C-Marke können die klimabedingten Veränderungen in den Ökosystemen, das Auftreten von Überflutungen, Dürren und Busch- und Waldbränden, qualitative und quantitative Verluste in der Wasserversorgung, Einbußen in der Nahrungsmittelproduktion usw. einigermaßen im Griff gehalten werden.<sup>5</sup>

Die Europäische Union hat sich mehrfach dazu bekannt, der Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 2°C höchste Priorität zu geben.<sup>6</sup> Aufgrund des Vorsorgeprinzips müssen Zielsetzungen zur Treibhausgasreduktion vorrangig hinsichtlich der Erreichung des 2°C-Ziels erfolgen. Kurzfristigem politischen und ökonomischen Kalkül dürfen gegenüber dem langfristigen Wohlergehen der gesamten Menschheit kein Vorrang eingeräumt werden!

**Wir appellieren an die österreichische Bundesregierung, sich klar zur Begrenzung des weltweiten Temperaturanstiegs auf maximal 2°C zu bekennen und auch in internationalen Verhandlungen die Festschreibung dieses essentiellen Ziels einzufordern.**

---

<sup>3</sup> Vgl. IPCC: Summary for Policymakers. In: Climate Change 2007: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, 2007, S.5.

<sup>4</sup>Umweltbundesamt Deutschland: Kipp-Punkte im Klimasystem – Welche Gefahren drohen, 2008, S.22..

<sup>5</sup> Vgl. IPCC: Climate Change 2007: Mitigation. Contribution of Working Group III to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, Kapitel 3, 2007, S. 228ff.

<sup>6</sup> Vgl. z. B. Europäischer Rat vom 8. / 9. März 2007 (Brüssel): Schlussfolgerungen des Vorsitzes (7224/1/07), #27; Europäische Kommission: Begrenzung des globalen Klimawandels auf 2 Grad Celsius. Der Weg in die Zukunft bis 2020 und darüber hinaus, 2007; Europäische Kommission: Ein umfassendes Klimaschutzübereinkommen als Ziel für Kopenhagen, 2009, S.3.

## Sind die bisherigen Zielsetzungen und Maßnahmen zur Treibhausgasreduktion geeignet, um das 2°C-Ziel zu erreichen?

Um die weltweite Erwärmung unter 2°C zu halten muss laut Weltklimarat (IPCC) die Konzentration von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) und anderer Treibhausgase in der Atmosphäre unter 450ppm (CO<sub>2</sub>eq) gehalten werden. Das Maximum des weltweiten Ausstoßes von klimawirksamen Gasen muss spätestens 2015 erreicht werden.<sup>7</sup> Dafür ist in den Industrieländern (Annex I-Staaten des Kyoto-Protokolls) bis 2020 eine Reduktion des Treibhausgasausstoßes um 25% bis 40%, bis 2050 um 80% bis 95% im Vergleich zum Jahr 1990 notwendig.

Mittlerweile gilt es aber bereits als äußerst unsicher, dass mit diesen Verringerungen das 2°C-Ziel tatsächlich erreicht werden kann. Führende KlimaforscherInnen fordern mittlerweile eine weitaus radikalere Reduktion der Emissionen, da die Klimasysteme der Erde eine große Trägheit besitzen und die Klimafolgen der bereits in die Atmosphäre eingebrachten Treibhausgase stark zeitversetzt eintreffen. Ramanathan/Feng warnen in ihrer Studie ‚Formidable Challenges Ahead‘, dass die bereits emittierten Gase das Potential haben, das Erdklima um mehr als 2°C über das vorindustrielle Niveau zu erwärmen.<sup>8</sup> Selbst die Europäische Kommission spricht nur von einer 50%-igen Chance, dass eine Stabilisierung der atmosphärischen Treibhausgas-Konzentration auf 450ppm (CO<sub>2</sub>eq) zur Erreichung des 2°C – Zieles ausreichen wird.

Angesichts dessen ist es das absolute Minimum, dass sich die Industrieländer zu Reduktionszielen am oberen Ende der vom Weltklimarat (IPCC) angegebenen Spanne verpflichten. Der auf EU-Ebene gefasste und von Österreich mitgetragene Entschluss, die Treibhausgasemissionen der Gemeinschaft bis 2020 gegenüber 1990 insgesamt um mindestens 20 % bzw. um 30 % zu reduzieren, „sofern sich andere Industrieländer zu vergleichbaren Emissionsminderungen und wirtschaftlich weiter fortgeschrittene Entwicklungsländer zu einem ihren Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten angemessenen Beitrag verpflichten“<sup>9</sup>, ist ein Schritt in die richtige Richtung, jedoch nicht ambitioniert genug.

**Wir appellieren daher, dass der Ausstoß von Treibhausgasen in den Industrieländern (einschließlich des internationalen Schiffs- und Luftfahrtsverkehrs) bis 2020 um 40% reduziert wird und Österreich hierbei eine Führungsrolle übernimmt.**

## Ist unsere Forderung nach 40% Treibhausgasreduktion eine illusorische Vorgabe?

Dass engagierter Klimaschutz mit dem notwendigen politischen Willen möglich ist, hat Großbritannien vorgezeigt. Im November 2008 trat der bereits 2007 ein Jahr davor im britischen Parlament eingebrachte ‚Climate Change Act‘ in Kraft. Dieses Klimaschutzgesetz sieht vor, dass mit Hilfe von 5-Jahres-Kohlenstoff-Budgets die britischen Emissionen bis 2020 um 42% reduziert werden. Damit Österreich die von uns geforderten 40% des schädlichen Treibhausgasausstoßes einsparen kann, sind einerseits ambitionierte Ziele, andererseits wirkungsvolle Mechanismen zur Umsetzung notwendig.

**Wir appellieren an die österreichische Bundesregierung, dass im geplanten Bundesklimaschutzgesetz energische Reduktionsziele für die verschiede-**

<sup>7</sup> Vgl. IPCC: Summary for Policymakers. In: Climate Change 2007: Mitigation. Contribution of Working Group III to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, 2007, S. 15.

<sup>8</sup> Vgl. Ramanathan / Feng: On avoiding dangerous anthropogenic interference with the climate system: Formidable challenges ahead, 2008.

<sup>9</sup> Europäischer Rat vom 8. / 9. März 2007 (Brüssel): Schlussfolgerungen des Vorsitzes (7224/1/07), #31.

**nen Sektoren (Raumwärme, Energieaufbringung, Abfallwirtschaft, Verkehr, Industrie, Landwirtschaft etc.) festgeschrieben und gleichzeitig wirkungsvolle Werkzeuge zur Erreichung dieser Ziele implementiert werden.**

## Drastische Reduktionsverpflichtungen für OECD-Staaten – ungebremstes (Emissions-) Wachstum in Schwellen- und Entwicklungsländern?

Verbindliche Treibhausgas-Reduktionsziele für die nördliche Industriestaaten zu vereinbaren und gleichzeitig Rahmenbedingungen für einen CO<sub>2</sub>-armen Entwicklungspfad von Schwellen- und Entwicklungsländern zu schaffen, ist eine der zentralen Herausforderungen der Verhandlungen für ein Post-2012-Klimaabkommen.

Zwei fundamentale Forderungen sind in diesem Zusammenhang von Bedeutung:

1. Aus der Gleichheit aller Menschen, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 verankert ist, folgt auch, dass alle Menschen in gleichem Maße Anspruch auf die Nutzung der natürlichen Ressourcen der Erde haben. Es ist also eine Forderung der Gerechtigkeit, dass mittelfristig jedem Menschen die *gleiche Pro-Kopf-Ausstoß von Treibhausgasen* zugebilligt wird.
2. Wie oben bereits dargelegt wurde, müssen die *gesamten weltweiten Treibhausgasemissionen bis spätestens 2015 ihren Höhepunkt erreichen* und dann rapide abfallen.

Diese beiden Forderungen nehmen alle Menschen in allen Staaten der Erde in die Pflicht, jedoch in unterschiedlicher Weise. Dies wurde auch in der Präambel der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) im Prinzip der „*gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung*“ verankert.

Die nördlichen Industriestaaten haben eine historische Verantwortung für den Klimaschutz, denn sie sind für den größten Teil des Problems verantwortlich. Die Industrieländer sind auch diejenigen, die dank ihrer wirtschaftlichen Stärke finanziell in der Lage sind, handeln zu können. Dem Verursacherprinzip folgend müssen die für den Klimawandel verantwortlichen Länder, Unternehmen und KonsumentInnen für die Klimaschäden und die Kosten der Anpassung in den besonders betroffenen Entwicklungsländern aufkommen. Dabei geht es nicht um Almosen, sondern um Gerechtigkeit.

Doch die jüngsten wissenschaftlichen Studien machen auch deutlich, dass Klimaschutzmaßnahmen in den Industrienationen alleine nicht ausreichen werden. Auch die klimapolitische Verantwortung der Schwellen- und Entwicklungsländer wächst. Die Frage, welcher Staat in welchem Ausmaß Treibhausgase zu reduzieren hat, muss anhand der Emissionen der Schwellenländer und deren Fähigkeit, Treibhausgase zu verringern und gleichzeitig in Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu investieren, gemessen werden. Es muss daher ein neues Klassifizierungsmodell entwickelt werden, welches die Anpassungs- und die Finanzierungsziele für die einzelnen Staaten auf der Grundlage ihres historischen und aktuellen Beitrags zum Klimawandel sowie ihrer wirtschaftlichen Fähigkeit, sowohl zuhause als auch außerhalb des eigenen Landes in Reduktionsziele und Anpassungsmaßnahmen zu investieren, festlegt.

Das von der Heinrich Böll Stiftung, Stockholm Institute of Environment und EcoEquity entwickelte „Greenhouse Development Rights“<sup>10</sup>-Modell (GDR) ist ein

---

<sup>10</sup> Vgl. Heinrich-Böll-Stiftung et al. The Greenhouse Development Rights Framework, 2008, <http://www.ecoequity.org/GDRs/> (Zugriff: 17.2.2009)

Das GDR besagt, dass alle Menschen gemäß ihrer Verantwortung und ihrer Fähigkeiten einen Anteil an der Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen zu leisten haben. Dabei geht dieser Ansatz über die Durchschnittsemissionswerte der Staaten und über die traditionellen Zuordnungen hinaus und orientiert sich stärker an den sozioökonomischen Realitäten und Verteilungen innerhalb der Staaten. So bindet er z.B. die Oberschichten der Ölscheichtümer und der großen Schwellenländer wie China, Indien oder Brasilien stärker in die Verantwortung mit ein und entlastet die Unterschichten in den Industrieländern oder die großen Bevölkerungsmehrheiten in den am wenigsten entwickelten Ländern – vor allem in Afrika.

interessanter, innovativer Vorschlag, der die notwendigen Reduktionsmaßnahmen mit dem Recht auf Entwicklung jedes Einzelnen kombiniert.

## Wie sieht Österreichs Klima-Politik und ihre Umsetzung aus?

Österreich hat sich in seiner Klimaschutzpolitik bisher stark auf den Zukauf von Verschmutzungsrechten verlassen und es versäumt, selbst massiv Treibhausgas einzusparen. Das Resultat: Anstatt die -13% Einsparung zu erreichen, zu denen sich Österreich unter dem Kyoto-Protokoll verpflichtet hat, sind die Emissionen hierzulande bis 2007 auf +11% gestiegen anstatt zu sinken.<sup>11</sup> Im Jahr 2006 waren es sogar +15%.<sup>12</sup> Bis 2010 könnten sie real auf bis zu +17% weiter steigen.<sup>13</sup> Um das Kyoto-Emissionsziel von jährlich 68.8 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalenten noch erreichen zu können, plant das Umweltministerium bis 2012 jährlich Verschmutzungsrechte im Ausmaß von 9 Mio. t aus den flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls – Clean Development Mechanism (CDM) und Joint Implementation (JI) – zuzukaufen. Österreich wird damit im Verhältnis zu seiner Größe zu einem der größten Einkäufer auf den globalen CO<sub>2</sub>-Märkten. Wie auch der Rechnungshof bereits festgestellt hat, wie das Kyoto-Ziel dennoch kaum zu erreichen sein: 2007 setzte Österreich 88 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalente frei.<sup>14</sup>

## Wo sollen die notwendigen Treibhausgas-Reduktionen erfolgen?

Gemäß dem Verursacherprinzip müssen die Einsparungen von Treibhausgasen dort erfolgen, wo diese hauptsächlich produziert werden bzw. angerichtete Schäden in Regionen mit geringerem Ausstoß von jenen mit höherem Ausstoß abgegolten werden.

Das vom Rat und Parlament der Europäischen Union im Dezember 2008 beschlossene Klima- und Energiepaket erlaubt, dass rund die Hälfte Ausstoß-Reduktionen durch Anwendung der flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls in andere Länder ausgelagert werden können. Dies setzt die Mentalität des „Sich-Freikaufens“ fort, der lebensnotwendige Paradigmenwechsel in Richtung einer CO<sub>2</sub>-neutralen Lebensweise in den reichen nördlichen Staaten wird damit auf unverantwortliche Weise hinausgeschoben.

Dazu kommt, dass aus entwicklungspolitischer Sicht, massive Bedenken gegenüber dem vom österreichischen CDM/JI-Programm am stärksten genutzten Mechanismus, dem Clean Development Mechanism (CDM), bestehen.<sup>15</sup> Dieser wurde ins Leben gerufen, um einerseits den globalen Ausstoß von Treibhausgas-Emissionen auf kosteneffiziente Weise senken zu helfen und andererseits in Entwicklungsländern einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung zu leisten. In der Praxis zeigte sich aber, dass zweiteres Ziel von CDM nur sehr ungenügend erfüllt werden kann. Hauptsächlich profitieren die großen Schwellenländer von der Nutzung des Mechanismus. 79% CDM-Projekte wurden in China, Indien, Brasilien, Mexiko und Malaysia abgewickelt.<sup>16</sup> Der Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung und Armutsbekämpfung für breite Bevölkerungsschichten ist bei vielen Projekten nicht gegeben, weil es sich oftmals um einfache Technologie-Umstellungen von Wirtschaftsbetrieben handelt, z.B. die Zerstörung von HFC-23, das bei der Herstellung des Kühlmittels HFC-22

---

<sup>11</sup> Vgl. Umweltbundesamt: Austria's Annual Greenhouse Gas Inventory 1990–2007, 2008, S.7.

<sup>12</sup> Vgl. European Environment Agency: Greenhouse gas emission trends and projections in Europe 2008, 2008, S.112.

<sup>13</sup> Ebd.

<sup>14</sup> Vgl. Umweltbundesamt: Austria's Annual Greenhouse Gas Inventory 1990–2007, 2008, S.7.

<sup>15</sup> Vgl. Kommunalkredit Public Consulting : Das österreichische JI/CDM-Programm, <http://www.ji-cdm-austria.at> (Zugriff : 5.2.2009) <http://www.ji-cdm-austria.at> (Zugriff : 5.2.2009) Im Rahmen des österreichischen JI/CDM-Programms wurden bisher ca. 28 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalente durch Nutzung des Clean Development Mechanisms (CDM) und ca. 6,1 Mio. t durch Nutzung der Joint Implementation (JI) eingekauft.

<sup>16</sup> Vgl.UNFCCC: Clean Development Mechanism – CDM Statistics, <http://cdm.unfccc.int> (Zugriff 5.2.2009).

anfällt, die mehr als 50% aller CDM-Projekte ausmacht.<sup>17</sup> Der Clean Development Mechanism in seiner derzeitigen Form ist dringend reformbedürftig.

**Im Einklang mit der der Resolution des Europäischen Parlaments vom 4.2.2009<sup>18</sup> und gemäß dem im Kyoto-Protokoll verankerten Prinzips der Zusätzlichkeit<sup>19</sup> appellieren wir an die österreichische Bundesregierung, dass der Großteil der angestrebten Treibhausgasreduktion innerhalb Österreichs stattfindet und nicht durch den Ankauf von Zertifikaten aus dem Ausland bewerkstelligt wird.**

---

<sup>17</sup> Vgl. Ebd.; Präzisere Analysen und Empfehlungen zum Clean Development Mechanism finden sich im Hintergrundpapier der Allianz Klimagerechtigkeit: the day before tomorrow. Klimawandel als Herausforderung für Umwelt, Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe, 2008.

<sup>18</sup> Europäisches Parlament: Resolution of 4 February 2009 on "2050: The future begins today – Recommendations for the EU's future integrated policy on climate change" (P6\_TA(2009)0042), #30.

<sup>19</sup> Artikel 6, 12 und 17.

## 2. Anpassung

### Warum gibt es in Entwicklungsländern einen hohen Anpassungsbedarf?

Unter Anpassung versteht man alle Aktivitäten, die Menschen setzen, um die nicht mehr vermeidbaren negativen Effekte des Klimawandels möglichst abzumildern und für weitere Schäden vorzusorgen. Solche Anpassungsmaßnahmen sind etwa Schutzbauten in der Küstenregion, ‚klimafeste‘ Infrastruktur, Frühwarnsysteme für Stürme und Überflutungen, aber auch andere Arten von Anbauformen und Feldfrüchten, Umstieg auf trockenheitsresistente Sorten, neue Methoden der Futter-Lagerung etc. Anpassungsmaßnahmen reduzieren die Verwundbarkeit von Menschen gegenüber der steigenden Anzahl von Naturkatastrophen, Trockenheit und Wetterextremen.

Die negativen Auswirkungen des Klimawandels und die damit verbundene Verletzlichkeit der Menschen sind ungleich verteilt: tiefliegende, ökonomisch ärmere Regionen sind etwa einem größeren Risiko ausgesetzt und verfügen über weniger Anpassungskapazitäten. Afrika ist der Kontinent, der am stärksten betroffen ist: Hauptrisiken sind die zunehmende Reduktion der landwirtschaftlichen Produktion, die Verschärfung der Wasserknappheit und damit verbunden das Ansteigen von Krankheiten und Gesundheitsproblemen. Aber auch die Menschen in Asien, Lateinamerika und insbesondere Ozeanien sind steigenden Risiken wie unzureichender Wasserversorgung, verminderter landwirtschaftlicher Produktion und steigender Überflutungs- und Trockenheitsgefahr ausgesetzt.<sup>20</sup>

### Warum wird dieser Anpassungsbedarf in den kommenden Jahren weiter zunehmen?

Auch unter den bestmöglichen Voraussetzungen und bei massiven Treibhausgasreduktionen wird aufgrund der Wirkung der bereits ausgestoßenen Gase die weltweite Durchschnittstemperatur im Laufe des 21. Jahrhunderts um mindestens 1,8°C steigen.<sup>21</sup> Der Bedarf an Anpassungsmaßnahmen wird in den kommenden Jahrzehnten deshalb massiv zunehmen.

Um in den Entwicklungsländern den enorm erhöhten Anpassungsbedarf bewältigen zu können, ist dem Ausbau von Infrastruktur und von Institutionen, die die Bedürfnisse der marginalisierten Menschen berücksichtigen, absolut notwendig. Nur so können Haushalte und Gemeinden, die den durch den Klimawandel verursachten Herausforderungen nicht allein standhalten können, adäquat unterstützt werden. Das Vorhandensein von Infrastruktur und Institutionen bestimmt, ob ein Land z.B. unter Wassermangel in Krisensituationen leidet oder nicht: In Indonesien sterben jährlich 25.000 Menschen aufgrund trockenheitsbedingter Probleme, während in Australien unter ähnlichen Bedingungen keine Menschenleben zu beklagen sind.<sup>22</sup>

In nationalen Adaptation Programmes of Action (NAPAs) – Pläne die von den Least Developed Countries erstellt werden – werden die wichtigsten und dringendsten Adaptionsaktivitäten identifiziert. Bis Oktober 2008 haben 38 LDCs ihre nationalen Pläne erstellt - Gesundheit, Landwirtschaft und Wasser sind die höchsten Prioritätsbereiche. Die vorgeschlagenen Maßnahmen reichen von Verbesserung der Klimaüberwachung, bis hin zur Verbesserung der Anbaume-

<sup>20</sup> Vgl. IPCC: Climate Change 2007: Mitigation. Contribution of Working Group II to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, Kapitel 19, 2007, S. 791.

<sup>21</sup> Vgl. IPCC: Climate Change 2007: Mitigation. Contribution of Working Group I to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, Summary for Policymakers, 2007, S. 13.

<sup>22</sup> Vgl. UNDP: Beyond Scarcity: Power, Poverty and Global Water Crisis, Human development Report 2006, 2006, S.157.

thoden sowie Wiederaufforstung zur Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit und zur Reduktion des Überflutungsrisikos.<sup>23</sup>

## Wie hoch sind die Kosten für Anpassungsmaßnahmen?

Die Höhe der Kosten für Anpassung ist schwierig zu bemessen, da der künftige Anpassungsbedarf stark davon abhängig sein wird, wie erfolgreich die globalen Emissionen in naher Zukunft reduziert werden. Je früher und stärker der Ausstoß von Treibhausgasen weltweit verringert werden kann, desto niedriger werden die Kosten für notwendige Anpassungsmaßnahmen sein.

Schätzungen gehen von jährlich zweistelligen Milliarden-Beträgen aus: die Weltbank berechnete allein die Kosten für das Absichern von neuen Investitionen gegen die durch den Klimawandel verursachten Wetterextreme in Entwicklungsländern mit 10 bis 40 Milliarden USD pro Jahr.<sup>24</sup> Die Schätzungen der UN-Klimarahmenkonvention belaufen sich auf 28 bis 67 Milliarden USD jährlich für Anpassungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern.<sup>25</sup>

Die internationale Entwicklungsorganisation OXFAM schätzt die Kosten für die notwendigsten Maßnahmen auf mindestens 50 Milliarden USD pro Jahr, sofern die Emissionen nicht weiter ungebremst steigen.<sup>26</sup>

## Wie sollen die Mittel zur Finanzierung der Anpassungsmaßnahmen aufgebracht werden?

Unter der Klimarahmenkonvention gibt es bereits multilaterale Fonds, aus denen Anpassungsmaßnahmen für Entwicklungsländer finanziert werden, so zum Beispiel den Special Climate Change Fund (SCCF) und den Least Developed Countries Fund (LDCF). Derzeit umfasst der LDCF rund 172 Mio. USD an Finanzmittel, der SCCF rund 90,3 Mio. USD. Für den dritten bestehenden Fonds, den Adaptation Fund, der über eine zweiprozentige Abgabe aus Projekten des CDM gespeist wird, werden Mittel in der Höhe von 80 bis 300 Mio. USD erwartet, derzeit hält der Fonds bei 90 Mio. USD.<sup>27</sup> Gemessen an den oben erwähnten effektiv benötigten Summen für Anpassungsmaßnahmen sind die bestehenden Finanzquellen bisher völlig unzureichend.

Innovative, internationale Finanzierungsmechanismen sind daher unbedingt notwendig.<sup>28</sup> Die Ausdehnung von Abgaben, wie sie derzeit bereits für CDM-Projekte eingehoben werden, auf alle flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls, Abgaben auf Luft- und Schifffahrt oder die Einführung von CO<sub>2</sub>-Steuern werden bereits auf ihre Realisierbarkeit überprüft. Priorität sollte Mechanismen zukommen, die die Kosten der Umweltzerstörung von Produkten und Dienstleistungen internalisieren. Dadurch wird ein doppelter Effekt zur Verringerung von Verschmutzungen geschaffen.

---

<sup>23</sup> Vgl. UNFCCC: The NAPAS, <http://unfccc.int/adaptation/napas/items/2679.php>. (Zugriff: 17.2.2009).

<sup>24</sup> Vgl. World Bank: Clean Energy and Development. Towards an Investment Framework, 2006

[http://siteresources.worldbank.org/DEVCOMMINT/Documentation/20890696/DC2006-0002\(E\)-CleanEnergy.pdf](http://siteresources.worldbank.org/DEVCOMMINT/Documentation/20890696/DC2006-0002(E)-CleanEnergy.pdf) (Zugriff: 17.2.2009)

<sup>25</sup> Vgl. UNFCCC: Report on the analysis of existing and potential investment and financial flows relevant to the development of an effective and appropriate international response to climate change, Dialogue working paper 8, 2007

<sup>26</sup> Vgl. OXFAM: Adapting to climate change: what's needed in poor countries and who should pay, Oxfam briefing paper Nr. 104. [http://www.oxfam.org/en/policy/briefingpapers/bp104\\_climate\\_change\\_0705](http://www.oxfam.org/en/policy/briefingpapers/bp104_climate_change_0705) (Zugriff: 5.2.2009).

<sup>27</sup> Vgl. South Centre; Developed Country Financing Initiatives weaken the UNFCCC, Analytical Note, 2009: S. 4.

<sup>28</sup> Vgl. Muller: International Adaptation Finance. The Need for an Innovative and Strategic Approach. Oxford Institute for Energy Studies, 2008.

Nachdem es sich um einen sehr hohen Finanzierungsbedarf handelt, ist eine Kombination von nationalen und internationalen Mechanismen notwendig. Wichtig ist, dass zugesagte Mittel tatsächlich zum vereinbarten Zeitpunkt fließen, damit Anpassungsmaßnahmen zeitgerecht umgesetzt werden können.

**Wir appellieren daher, dass sich Österreich ernsthaft an der Entwicklung und Prüfung innovativer Finanzierungsmechanismen beteiligt und diesbezügliche Entscheidungen auf EU- und internationaler Ebene vorantreibt, damit eine ausreichende und vorhersehbare Finanzierung für Anpassungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern sicher gestellt wird.**

### Wer soll das bezahlen?

Hauptverursacher des Klimawandels sind jene Länder, die ihren Wohlstand durch stark auf der Verfeuerung fossiler Brennstoffe basierendes Wachstum aufgebaut haben.

Das World Resource Institute hat Berechnungen durchgeführt, wie viel Treibhausgase einzelne Länder im letzten Jahrhundert produziert haben. In Österreich waren es vom Jahr 1999 bis zum Jahr 2004 rund 4000 Mio. t, im einwohnermäßig etwa gleich großen afrikanischen Staat Benin nur 30.<sup>29</sup> Gemäß dem Verursacherprinzip und aufgrund der Möglichkeiten zur Finanzierung der Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern, sind die Industrieländer, allen voran die USA, gefolgt von der EU und den anderen OECD-Ländern gefordert, Wiedergutmachung zu leisten. OXFAM errechnete im ‚Adaptation Financing Index‘ die Aufteilung der Finanzierung der notwendigen Anpassungsmaßnahmen für die einzelnen Länder: Berücksichtigt wurden in diesem Modell die bisherigen CO<sub>2</sub>-Emissionen seit 1992, die Bevölkerungszahl sowie die Fähigkeit zur Finanzierung gemessen am Human Development Index. So ergibt sich für 17 EU-Staaten ein Finanzierungsbeitrag von 31,6 % das sind USD 15,8 Mrd. jährlich. Für Österreich wird ein Anteil von 0,7% errechnet, dies entspricht einer Summe von USD 350 Millionen p.a. (€ 270 Mill.)<sup>30</sup>.

**Wir appellieren an die österreichische Bundesregierung, dass Österreich entsprechend dem Verursacherprinzip seinen Anteil an Kompensationszahlungen für in den Entwicklungsländern angerichtete Schäden übernimmt.**

### Warum muss die Anpassungsfinanzierung zusätzlich zur Entwicklungsfinanzierung erfolgen?

Die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen ist eine Kompensation der durch den Klimawandel verursachten Zerstörungen in Entwicklungsländern. Die Erreichung der Millennium Development Goals ist durch die Veränderungen des Klimawandels nachhaltig gefährdet. Die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen bedeutet daher zusätzliche Kostenerfordernisse. Mittel für Anpassung müssen deshalb gesondert betrachtet werden und dürfen nicht mit der bestehenden Verpflichtung der OECD-Staaten, 0,7% ihres BNE in offizielle Entwicklungshilfe fließen zu lassen, vermischt werden. Die notwendigen Klimaschutzmaßnahmen dürfen keinesfalls zu einer bloßen Umleitung bestehender ODA-Verpflichtungen führen.<sup>31</sup> Auch wenn die Strategien zu Anpassung an den Klimawandel in die allgemeinen Strategien zur Entwicklungszusammenarbeit eingebettet werden müssen, darf es nicht zu einer finanztechnischen Vermengung der Mittel kommen.

**Wir appellieren daher an die österreichische Bundesregierung, dass die notwendige Anpassungsfinanzierung zusätzlich zu den bestehenden Verpflichtungen aufgebracht und nicht dem EZA-Budget zugerechnet wird.**

<sup>29</sup> Vgl. World Resources Institute: Climate Analysis Indicators Tool (CAIT), <http://cait.wri.org/> (Zugriff: 15.12.2008).

<sup>30</sup> Vgl. OXFAM: S. 28,

<sup>31</sup> Das Prinzip der Additionalität ist bereits im UNFCCC Art. 4, Abs. 3 grundgelegt.

## Wie werden die Mittel zur Anpassungsfinanzierung vergeben?

Der auf dem Klimagipfel in Posen im Dezember 2008 operationalisierte Anpassungsfonds (siehe oben) ist ein Meilenstein internationaler Finanzierungsmechanismen, da Entwicklungsländer zum ersten Mal über wirkliche Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Vergabe von multilateralen Geldern verfügen.

Nachdem es sich bei Mitteln für Anpassung, wie oben dargelegt wurde, um Kompensationszahlungen handelt, ist die gleichberechtigte Repräsentanz und Mitbestimmung der Empfängerländer in der Vergabe und Verwaltung der Mittel zu gewährleisten. Eine verpflichtende Beteiligung von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen, insbesondere der am stärksten betroffenen Menschen, im nationalen Planungs- und Durchführungsprozess der Anpassungsprogramme soll sicherstellen, dass die vergebenen Mittel auch den am stärksten ausgesetzten Menschen zu gute kommen.

Eigenverantwortung der Entwicklungsländer und öffentliche Transparenz in der Vergabe der Anpassungsmittel sind wesentliche Grundbestandteile für den Erfolg der Maßnahmen.<sup>32</sup>

Die Mechanismen zur Geldvergabe sollen entsprechend den Kapazitäten zur Planung, Entwicklung und Umsetzung der am stärksten betroffenen Länder und Menschen gestaltet sein und die lokale Kontrolle über Projekte und Mittel muss gewährleistet werden. Lokale Regierungen und zivilgesellschaftliche AkteurInnen müssen sicherstellen, dass Anpassungsmaßnahmen die Bedürfnisse und Möglichkeiten der unmittelbar betroffenen Frauen und Männer in den Vordergrund stellen (Community Based Adaptation).

**Wir fordern daher, dass die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen so strukturiert ist, dass die Mittel für die vom Klimawandel am stärksten Betroffenen leicht zugänglich sind und zivilgesellschaftliche AkteurInnen in den Planungs- und Durchführungsprozessen einbezogen werden.**

---

<sup>32</sup> Vgl. Müller, 2008, S. 4,

### 3. Recht auf Entwicklung

Entwicklung braucht Energie – Wie können die globalen Treibhausgasemissionen dennoch unter Kontrolle gebracht werden?

Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung der Menschheit ist der Zugang zu Energie: Der Weg zu Wasser- und Ernährungssouveränität, verbesserter Gesundheits- und Bildungssysteme und sicheren Lebensformen bedeutet damit immer auch eine Ausweitung an Energiedienstleistungen für diese Menschen. Das Entwicklungs- und Wohlstandsgefälle wird auch am ungleichen Zugang zu Energiedienstleistungen sichtbar: über 1,6 Milliarden Menschen verfügen über keine Elektrizität für Beleuchtung, Kühlen, Betreiben von Geräten und Maschinen. Die ärmsten Regionen der Welt – insbesondere in Afrika – decken 90% ihres Energiebedarfes aus Brennholz, Holzkohle, Viehdung und landwirtschaftlichen Abfällen.<sup>33</sup> Das Fehlen von verlässlichen, effizienten und leistbaren Energiedienstleistungen hemmt die wirtschaftlichen und sozialen Entfaltungsmöglichkeiten und erschwert den Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung.

Energiearmut und der Einsatz ineffizienter Technologien haben auch negative Auswirkungen auf die Umwelt und das Klima: Der wachsende Brennholzverbrauch, die Abholzung zur Herstellung von Holzkohle und die Verbrennung von Viehdung führen zu einem zunehmenden Druck auf die natürlichen Ressourcen, zu Entwaldung und damit verbundenen Bodendegradierungen und verstärkter Bodenerosion. So machen die bisherigen Praktiken in landwirtschaftlicher Produktion und Landnutzung ein Drittel der südlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen aus.<sup>34</sup> Ein globales Klimaabkommen und die damit verbundenen Bemühungen zur weltweiten Reduktion der Treibhausgase dürfen daher nicht die Möglichkeiten der nachhaltigen Entwicklung für Menschen in Armut einschränken. Die globale Emissionsreduktion ist nur möglich, wenn die Industrieländer ihre Emissionen deutlich reduzieren und die Entwicklungsländer dabei unterstützen einen nachhaltigen Energie-Entwicklungsweg einzuschlagen.

**Wir appellieren daher an die österreichische Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, dass die Industriestaaten die Entwicklungsländer mittels Finanzen und Technologietransfer dabei unterstützen, ihren wachsenden Energiebedarf klimaschonend zu decken. Diese Maßnahmen müssen durch konkrete, messbare und verifizierbare Ergebnisse in Form von reduzierten oder vermiedenen Emissionen belegt werden.**

Was bedeutet das „Recht auf Entwicklung“ im Zusammenhang mit der Klimadebatte?

„The poorest developing countries will be hit earliest and hardest by climate change, even though they have contributed little to causing the problem. Their low incomes make it difficult to finance adaptation. The international community has an obligation to support them in adapting to climate change. Without support there is a serious risk that development progress will be undermined.“<sup>35</sup>

Rund 1 Milliarde Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika leben in extremer Armut. Diese Menschen sind aufgrund mehrerer Faktoren verletzlicher für die negativen Auswirkungen des Klimawandels, weil...

- ... sie in Gegenden leben, die als Hochrisikogebiete eingestuft werden, wie etwa tiefliegende trockene Gebiete und Delta-Regionen.

<sup>33</sup> Vgl. Österreichische Entwicklungszusammenarbeit: Energie für Nachhaltige Entwicklung. Leitlinien der Österreichischen

Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, 2006, S.5.

<sup>34</sup> Vgl. Heinrich Böll Stiftung et al. 2008, <http://www.ecoequity.org/GDRs/>

<sup>35</sup> Vgl. Stern Review: The Economics of Climate Change, Executive Summary, 2006, S. xxvi. [http://news.bbc.co.uk/1/shared/bsp/hi/pdfs/30\\_10\\_06\\_exec\\_sum.pdf](http://news.bbc.co.uk/1/shared/bsp/hi/pdfs/30_10_06_exec_sum.pdf)

- ... ihren landwirtschaftlichen Tätigkeiten und somit ihre Nahrungsmittelversorgung extrem stark vom Wetter abhängig sind.
- ... arme Menschen aufgrund von Ernährungsunsicherheit, Krankheiten, unzureichender Gesundheitsversorgung, mangelndem Zugang zu sauberem Wasser, schlechten Wohnverhältnissen, etc. ohnehin schon geschwächt sind.

Ganz allgemein trifft der Klimawandel jene Menschen am härtesten, die sich am wenigsten dagegen schützen können. Bereits marginalisierte Gruppen wie Menschen mit HIV/Aids, indigene Gemeinschaften, Menschen mit Behinderung usw. werden durch die allgemeine Zuspitzung der Lage noch weiter an den Rand gedrängt, bestehende Ungleichheiten insbesondere zwischen Frauen und Männern verschärfen sich.

Nachhaltige Entwicklung reduziert die Verletzlichkeit von Menschen gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels durch erhöhte Anpassungskapazitäten und größere Widerstandsfähigkeit.<sup>36</sup> Der Klimawandel gefährdet allerdings die Erreichung der Millennium Development Goals.<sup>37</sup> So stellt z. B. der Human Development Report des UNDP fest, dass es in Äthiopien und Kenia, zwei der dürranfälligen Länder der Welt, für Kinder unter fünf Jahren wahrscheinlicher ist, unterernährt zu sein, wenn sie während einer Dürre geboren wurden. Für Äthiopien bedeutet das ca. 2 Millionen zusätzlicher unterernährter Kinder im Jahr 2005.<sup>38</sup>

Das in Kopenhagen zu beschließende globale Klimaabkommen muss daher höchstmögliche Kohärenz zwischen Entwicklungs- und Umweltzielen herstellen, d.h. einerseits dürfen die notwendigen weltweiten Emissionsreduktionen nicht durch CO<sub>2</sub> intensive Entwicklungsinitiativen torpediert werden, andererseits müssen Entkarbonisierungsstrategien in Schwellen- und Entwicklungsländern so ausgerichtet sein, dass die Millennium-Entwicklungsziele unterstützt und nicht untergraben werden.<sup>39</sup>

**Wir fordern daher, dass das Recht auf nachhaltige Entwicklung für alle Menschen die Grundlage eines weltweiten Klimaabkommens bildet.**

Wer sollte beim weltweiten Klima-Abkommen mitbestimmen?

Aufgrund unserer langjährigen Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit sind wir davon überzeugt, dass die nachhaltige Absicherung der Anpassungs- und Reduktionsmaßnahmen nur dann erfolgreich sein können, wenn diejenigen, die am meisten durch die Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind, in die Planungs-, Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden und mitbestimmen.

Die Entwicklung angepasster Strategien sollte mit breiter Beteiligung der Bevölkerung geschehen, nicht zuletzt weil sie extrem standort- und kontextspezifisch sind und daher lokales Wissen von großer Bedeutung ist. Die Betroffenen wissen oftmals am besten, wie die natürlichen Ressourcen vor Ort geschützt, mit Dürren umgegangen oder in welchen sozialen Organisationsformen mit Risiken umgegangen werden kann.<sup>40</sup> Der Unterstützung von Entwicklung, Förderung und

<sup>36</sup> Vgl. IPCC: Climate Change 2007: Mitigation. Contribution of Working Group II to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, Summary for Policymakers, 2007, S. 20.

<sup>37</sup> Vgl. OXFAM: Adapting to climate change: what's needed in poor countries and who should pay, Oxfam briefing paper Nr. 104., S.1.

<sup>38</sup> Vgl. UNDP: Figthing climate change: Human Solidarity in a divided world, Human Development Report 2007/08, 2007, S.77.

<sup>39</sup> Vgl. Bals: Bali, Poznan, Kopenhagen. Dreisprung zu einer neuen Qualität der Klimapolitik, Germanwatch, S. 20.

<sup>40</sup> Vgl. Weltwirtschaft und Entwicklung: Die Anpassung des Südens an den Klimawandel, 09/2008.

Verbreitung endogener Kapazitäten und Technologien in Entwicklungsländern ist daher unbedingt der Vorzug zu geben.

**Wir fordern daher, dass die Partizipation von Menschen in Entwicklungsländern, besonders marginalisierte Gruppen wie Frauen, indigene Gemeinschaften, Menschen mit Behinderungen etc. bei der Entwicklung und Kontrolle von Emissionsreduktions- und Anpassungsaktivitäten gewährleistet ist. Zur Sicherstellung der Nachhaltigkeit ist es unerlässlich, lokale Kapazitäten und Technologien sowie traditionelles Wissen zu fördern und zu verbreiten.**

Herausgeber: Klima fair bessern! c/o Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission, Josefa Molitor-Ruckenbauer, Türkenstraße 3/3, A – 1090 Wien E-Mail: klimafairbessern@koo.at, Tel: +43 1 317 03 21-74

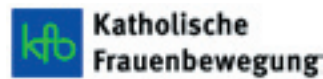
Textbeiträge, Koordination und Redaktion: Josefa Molitor-Ruckenbauer, Herbert Wasserbauer – Weitere MitarbeiterInnen: Julia Kerschbaumsteiner, Rudolf Remler-Schöberl, Dietmar Schreiner, Helene Unterguggenberger, Judith Zimmermann-Hößl  
Gestaltung/Layout: Clemens Conditt – Wien, März 2009

## TrägerInnen



**JUGEND  
EINE  
WELT**

## UnterstützerInnen



**DKWE Feldkirch**



AAI Salzburg



**Fastenaktion Eisenstadt**

**Missionsorden Frauen  
und Männer**